

Wahlprüfsteine des Trägerkreis Rüstungskonversion Jena und der Initiative für einen Thüringer Rüstungskonversionsfonds

Bundestagswahl 2017

Antwort von Christoph Matschie

Wie stehen Sie zur geforderten Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2 % des Bruttoinlandproduktes?

Sicherheit und Stabilität werden nicht ausschließlich durch Militärausgaben gewährleistet. Im Gegenteil: Wirtschaftliche Entwicklung, der Kampf gegen Hunger und Elend, gegen den Klimawandel und die Verbesserung der Lebensbedingungen sind letztlich die einzigen nachhaltig wirksamen Maßnahmen gegen Krieg, Bürgerkrieg und die ideologischen Verlockungen des weltweiten Terrorismus. Deshalb wird die SPD dafür sorgen, dass zusätzliche Ausgaben für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands durch zusätzliche Ausgaben für Krisenprävention, humanitäre Hilfe und nachhaltige Entwicklung ergänzt werden. Sozialdemokratische Friedenspolitik basiert immer auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff, der soziale, wirtschaftliche, ökologische, kulturelle und menschenrechtliche Aspekte bei Konfliktprävention und -lösung mit einschließt.

Die SPD steht zu den internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik und wir bekennen uns zu modernen und leistungsfähigen Streitkräften, die über angemessene Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung sowie zur internationalen Krisenbewältigung verfügen müssen. Die Soldatinnen und Soldaten müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung und ausreichend qualifiziertes Personal zur Seite gestellt wird. Wir werden die erkannten Lücken bei Personal und Material zügig schließen und dafür die notwendige Steigerung des Verteidigungshaushaltes sichern. Eine Festlegung der jährlichen Ausgaben für die Bundeswehr auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts käme jedoch einer Verdoppelung unserer derzeitigen Ausgaben gleich und würde mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr für die deutsche Rüstungs- und Verteidigungspolitik bedeuten. Das lehnt die SPD klar ab.

Die momentanen Haushaltsüberschüsse sind etwa in Sozial- und Bildungsausgaben, in Entwicklungshilfe oder auch beim Kampf gegen den Klimawandel für die Sicherung des inneren, sozialen Friedens und der Sicherheit Deutschlands in der Welt besser aufgehoben.

Wie stehen Sie zu Rüstungsexporten in Spannungsregionen und in Staaten, die Menschenrechte verletzen.

Rüstungsexporte in die von Ihnen beschriebenen Regionen lehne ich ab. Wir müssen da auch besser prüfen. Oftmals werden vor allem kleine Rüstungsgüter und Waffen über Dritte in die entsprechenden Regionen verkauft. Wir setzen uns daher für ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern ein.

Sind Sie bereit, in konkreten Fällen aktiv an zivilen Konfliktlösungen zu arbeiten?

Ja, die SPD sieht in einer zivilen Konfliktbewältigung stets die bessere Lösung. Auch ich werde mich wo immer möglich, für friedliche Lösungen einsetzen. Wichtigstes Ziel ist stets der Schutz der Zivilbevölkerung.

Erst jüngst gelang durch intensive diplomatische Bemühungen ein lange für unmöglich gehaltenes Abkommen mit dem Iran zur Verhinderung der atomaren Bewaffnung des Landes. Diese erfolgreiche Befriedung eines lange schwelenden Konflikts mit diplomatischen Mitteln macht Hoffnung für viele andere Konflikte weltweit.

Allerdings gilt auch, militärisches Vorgehen - etwa unter einem UN Mandat - von vornherein auszuschließen, ist der falsche Weg und wird der Verantwortung der Bundesrepublik in der Welt nicht gerecht.

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass Firmen, die Rüstungsgüter produzieren, Anreize bekommen, auf zivile Produktion umzustellen?

Ja, es wäre ein gutes Signal, wenn Firmen zum Beispiel auch aus Jena diesen Weg gehen könnten. Dabei muss jedoch natürlich auch die Vielseitigkeit ziviler Produkte bedacht werden, zum Beispiel in der Raumfahrttechnik, die auch in Waffensystemen einsetzbar ist.